

Gerd Schultze-Rhonhof

Der weite Weg zum deutsch-polnischen Krieg

Ich freue mich, daß ich den Reigen der drei Vorträge über die Kriegsursachen des Zweiten Weltkrieges und den Zweiten Weltkrieg eröffnen darf. Sie haben sicherlich anhand der drei kurzgefaßten Lebensläufe auf der Rückseite der Einladung festgestellt, daß ich der einzige Laienhistoriker in diesem Kreise bin. So will ich zu Beginn kurz schildern, wie ich dazu gekommen bin, mich mit der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs zu befassen.

Vor ein paar Jahren bin ich der Frage nachgegangen, in wieweit die deutsche Bevölkerung in den 30er Jahren aus der Hochrüstung zwischen 1933 und 1939 schließen konnte, daß Hitler Kriegs- und Angriffsabsichten hatte. Ich habe einmal als junger Generalstabsoffizier im Bereich der Rüstung gearbeitet, und von damals habe ich immer noch im Hinterkopf, daß man nicht rüstet, um sein Geld gut anzulegen. Man rüstet, um sich gegen jemand zu verteidigen oder jemand anzugreifen oder jemandes Bündnispartner zu werden. Es gibt immer diesen „jemand“ als Referenzsystem zur eigenen Rüstung. Wenn man erkennen will, zu welchem Zweck ein Land oder eine Regierung rüstet, dann muß man dessen Rüstung mit der Rüstung der Nachbarstaaten vergleichen. Da gibt es eine einfache Faustformel zur Beurteilung der Absichten, die hinter einer Rüstung stehen: Wenn eine Regierung versucht, dreimal so viel Streitkräfte aufzustellen wie seine Nachbarstaaten unterhalten, kann man davon ausgehen, daß diese Regierung rüsten läßt, um langfristig einen Krieg zu beginnen. Wenn sich ein Land oder eine Regierung aber mit einem Drittel der Streitkräfte seiner Nachbarn zufrieden gibt, dann kann man davon ausgehen, daß hier nur gerüstet wird, um sich im Notfall verteidigen zu können. Wenn ich belegen wollte, daß Hitler ab 1933 einen Angriffskrieg vorbereitet hat, dann mußte ich die deutsche Rüstung mit der Rüstung der Nachbarstaaten vergleichen und zwar ganz konkret mit der Rüstung Frankreichs und mit der Rüstung der mit Frankreich gegen Deutschland verbündeten unmittelbaren Nachbarstaaten. Ich sage: unmittelbarer Nachbarstaaten, weil ich hier England und die damals bereits kräftig aufrüstende Sowjetunion nicht mitzähle. Also griff ich mir die deutsche Fachliteratur und habe nach den Rüstungsdaten unserer Nachbarstaaten gesucht, um diesen Vergleich anstellen zu können.

Ich fand zu meinem großen Erstaunen in der gesamten erzählenden deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung nichts, aber auch überhaupt nichts über die Vorkriegsrüstung des Auslands – ausgenommen ausländische Marinerüstung, die auch in Deutschland hervorragend dokumentiert worden ist.

Also, wenn ich die Rüstungsdaten für meinen Vergleich haben wollte, mußte ich an ausländische Literatur herangehen. Und so habe ich mir tschechische, französische, amerikanische und englische Literatur besorgt, die es ja in guter deutscher Übersetzung gibt. Nun schreiben Historiker üblicherweise nicht über die Rüstungsgeschichte ihrer Länder, sondern Historiker schreiben meist über Innenpolitik, Außenpolitik, Wirtschaft, Kultur; wenn man Glück hat, findet man auch einmal etwas über Sicherheitspolitik. Und wenn ich noch mehr Glück hatte, fand ich etwas über die Rüstungsdaten, die ich für meinen Vergleich brauchte. Und so mußte ich viel suchen und viel lesen. Dabei habe ich viel gelesen und gefunden, nach dem ich überhaupt nicht gesucht habe.

Zu meinem Erstaunen fand ich, daß eine ganze Reihe von ausländischen Historikern ihren Regierungen der 20er und 30er Jahre vorwerfen, sie hätten den Zweiten Weltkrieg leicht verhindern können, wenn sie es denn nur gewollt hätten. Manche gehen sogar so weit zu schreiben, daß ihre Regierungen den Zweiten Weltkrieg mit entfacht haben.

So etwas hatte ich in deutscher Literatur noch nicht gelesen.

Da bin ich neugierig geworden, habe mehr gelesen, mir mehr Literatur besorgt und habe dann gesucht und überprüft, aus welchen Quellen diese ausländischen Historiker ihre Erkenntnisse haben. Ich habe mir die Quellen besorgt, soweit sie mir zugänglich waren, bin in Archive gegangen, habe ausländische Memoiren von Politikern und Heerführern gelesen und stieß dabei auf immer mehr Belege, die dafür sprechen, daß eine ganze Reihe von ausländischen Regierungen in den 20er und 30er Jahren kräftig den Zweiten Weltkrieg mit angeschoben hat.

Und darüber will ich nun sprechen.

Nun habe ich Ihnen erklärt, wie ich von einer ganz anderen Fragestellung auf das Thema der Vorkriegsgeschichte gekommen bin. Bevor ich damit anfangen will, will ich Ihnen aber noch das Rätsel auflösen: Wie war denn nun die deutsche Rüstung in den 30er Jahren bis 1939 im Vergleich zur Rüstung unserer Nachbarstaaten – also im Vergleich zu Frankreich und den mit Frankreich gegen Deutschland verbündeten Staaten?

Unsere Nachbarn hatten, wenn man die aktiven Heeres-Friedensdivisionen von 1933 zählt, eine Überlegenheit von 1:12. Und wenn man die Großverbände der Reserve mitzählt, dann war die Überlegenheit von 1933 sogar 1:97.

Wenn Sie sich dann noch ins Gedächtnis zurückrufen, daß in den 20er Jahren, in denen wir ja Frieden mit unseren Nachbarn geschlossen hatten, den Frieden von Versailles, daß in jener Zeit französische Truppen, belgische Truppen, polnische Truppen und Milizen und litauische Truppen und Milizen in Deutschland einmarschiert waren und deutsche Grenzregionen zeitlich begrenzt oder auf Dauer annektiert hatten, dann kann man verstehen, daß die deutsche Bevölkerung 1933 eine völlig andere Perspektive für die Wiederaufrüstung hatte. Die Deutschen wollten damals mit Mehrheit, daß diese Übergriffe unserer Nachbarstaaten aufhörten. Ihnen war klar, daß das mit den zehn Divisionen der Reichswehr nicht zu machen war. Die Masse der deutschen Bevölkerung hat 1933 die Aufrüstung begrüßt. Selbst nach sechs Jahren Aufrüstung 1939 war das Verhältnis an aktiven und Reserve- Heereskräften zum Ausland immer noch 1:2,5 zu unseren Ungunsten.

Nun habe ich Ihnen erklärt, über welchen Umweg ich zum Thema der Entstehung des Zweiten Weltkriegs gekommen bin. Ich war von dem, was ich in ausländischer Literatur und durch Akteneinsicht in Archiven gelesen hatte und was sich mir dabei erschlossen hat, so fasziniert, daß ich irgendwann beschlossen habe, das alles zu Papier zu bringen. Und so ist mein Buch entstanden: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“.

Nun ist der Titel des Buches ein bißchen irreführend – es heißt ja: „Der Krieg, der viele Väter hatte“. So könnte man meinen, das Buch handele vom Krieg. Aber das Schlüsselwort sind die vielen Väter. Deshalb heißt das Buch richtigstellender Weise im Untertitel auch „Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg“.

Ich spreche also über die Vorgeschichte des Krieges, nicht über den Krieg, nicht über die beiderseitigen Greuelthaten im Krieg, nicht über das NS-Regime, nicht über die Judenverfolgung und -vernichtung im Kriege.

Ich sage das so ausdrücklich zu Beginn meines Vortrages, weil mir manchmal am Ende eines solchen Vortrags der Vorwurf gemacht wird, ich hätte ja die Verbrechen Hitlers und der NS-Zeit unterschlagen.

Herr Dr. Scheil wird dann mit seinem Vortrag, mit dem zweiten dieses Vormittags, das Staffelholz übernehmen und mit seinem Thema „Die Eskalation zum Zweiten Weltkrieg“, den

Krieg in Europa schildern. Und heute Nachmittag setzt Herr Dr. Post mit dem Zweiten Weltkrieg im pazifischen Raum fort.

Zur Vorgeschichte des Krieges: Die Lage in Europa ist zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges nie frei von Spannungen und Kriegen gewesen. Polen und die Sowjetunion hatten Spannungen und zwei Kriege, Polen und Litauen hatten Spannungen und einen Krieg, Italien und Albanien hatten ihren Krieg, Frankreich und Italien hatten Differenzen um Territorien; genauso Dänemark und Norwegen, Italien und England, Jugoslawien und Österreich, Deutschland und die Tschechoslowakei, Ungarn und die Tschechoslowakei, Polen und die Tschechoslowakei, England und Irland, Spanien und Italien. Das alles hält Europa zwar in einem gewissen dauerhaften Fieberzustand, doch der große Knall kommt erst, als Deutschland 1939 Danzig zurückverlangt und dazu noch eine exterritoriale deutsche Autobahn durch den polnischen Korridor hindurch vom Reichsgebiet in das seit 1918 abgetrennte Ostpreußen fordert.

Für mich hatte Adolf Hitler – nach meinem früheren Verständnis – den Zweiten Weltkrieg ausgelöst, als er mit Brachialgewalt die Lösung der Danzig- und der Korridorfrage gegen Polens und Englands Willen durchgesetzt hat. 1967 hat der israelische Botschafter in Bonn Asher ben Nathan interessanterweise einmal auf die Frage eines Journalisten, wer denn den Sechstagekrieg begonnen und wer die ersten Schüsse abgegeben habe, geantwortet: „Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.“ Und genau damit bin ich bei der Frage, die ich mir so früher nie gestellt hatte. Was ist eigentlich den ersten Schüssen von 1939 vorausgegangen?

Ich habe in den vergangenen Jahren ja einiges gelesen, das meine einfache Sicht von Hitler als alleinigem Verursacher des Zweiten Weltkrieges differenziert hat. Da habe ich mich natürlich fragen müssen, woher ich dieses einfache Geschichtsbild hatte. Ich hatte mein einfaches Geschichtsbild aus dem, was man heute so hört und liest, und ich hatte es auch sehr stark aus meiner eigenen Schulgeschichtsbuchliteratur und der Literatur, die wir Ende der 50er Jahre und danach in der Bundeswehr ausgehändigt bekommen haben.

Da habe ich mich gefragt, was die Schulkinder heute so über die Entstehung des Zweiten Weltkriegs lernen. Ich habe mir daraufhin das Schulgeschichtsbuch meiner jüngsten Tochter vorgenommen, mit dem sie in Niedersachsen durchs Abitur gegangen ist: „Unsere Geschichte, Band 4, von Diesterweg“. Dieses Schulgeschichtsbuch von Diesterweg vermittelt das Bild einer deutschen Reichsregierung, die 1939 auf Krieg drängt, die nicht vor allem die Danzig-Frage lösen, sondern die Polen erobern will.

Dazu zitiert das Schulbuch aus einer Hitler-Rede vom 22. August 1939 – eine Woche vor Kriegsbeginn – sehr anschaulich für Schüler, die damit lernen, wie dieser Krieg zustande gekommen ist. Da sagt Hitler, so zitiert in diesem Schulbuch, vor Befehlshabern der Wehrmacht: „Die Gegner haben nicht mit meiner großen Entschlußkraft gerechnet. Unsere Gegner sind kleine Würstchen, ich sah sie in München. Nun ist Polen in der Lage, in der ich es haben wollte. Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.“

Ich wiederhole noch einmal an den letzten Satz: „Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.“

Der Satz spricht Bände. – Nur, er ist eine Fälschung!

Er ist für den Nürnberger Prozeß – genauso wie die anderen zitierten Sätze – nachträglich in die Mitschrift dieser Hitler-Rede hinein gefälscht worden, um sie als Beweismaterial gegen die Hauptangeklagten „abzuspecken“. Man wollte den Hauptangeklagten damit nachweisen, daß

Hitler ihnen ja alles gesagt habe, und daß sie deshalb mitwissend und am Kriege mitschuldig seien.

Der Eindruck, der den Schülern hier vorgetäuscht wird, ist, daß Hitler nicht verhandelt hat und nicht verhandeln wollte.

Wußten Sie, daß Hitler noch am Nachmittag vor Kriegsbeginn dem Reichspräsidenten und Luftfahrtminister Göring seine Zustimmung für die Fortsetzung der Verhandlungen mit dem britischen Botschafter in Berlin gegeben hat, um die deutsch-polnischen Probleme doch noch auf dem Verhandlungsweg zu lösen und so den drohenden Krieg abzuwenden? Wußten Sie, daß die deutsche Reichsregierung die britische Regierung gebeten hatte, in der Danzig-Frage zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln? Wußten Sie, daß Hitler in den letzten zehn Tagen vor Kriegsbeginn mit der italienischen Regierung korrespondiert hat, mit der englischen Regierung und mit der französischen Regierung, um den Krieg noch abzuwenden? Und wußten Sie, daß die deutsche Reichsregierung den Polen kurz vor Kriegsausbruch einen 16-Punkte-Vorschlag zur Regelung der deutsch-polnischen Probleme gemacht hat?

Nur haben sich die Polen geweigert, diesen deutschen Vorschlag anzunehmen. Sie haben sich aber nicht nur geweigert, den Vorschlag inhaltlich anzunehmen, sondern sie haben sich auch geweigert, das Papier entgegenzunehmen. Und so mußte dieser deutsche Vorschlag über London nach Warschau gehen, kam so in die Hände der britischen Kabinettsmitglieder und dabei auch in die Hände des englischen, gerade zurückgetretenen Marineministers Cooper. Wie es dann so manchmal ist, mancher nimmt seine Dienstsachen mit nach Hause. Und so bekam Frau Cooper diesen Vorschlag bei ihrem Mann zu lesen. Sie las den deutschen 16-Punkte-Vorschlag und sagte zu ihrem Mann: „Ich weiß nicht, was Du willst, der deutsche Vorschlag ist doch so vernünftig.“ So beschreibt das Cooper selber in seinen Memoiren.

Da packte den Minister Cooper das Entsetzen, denn ihm wurde sofort klar, daß die englische Öffentlichkeit genauso auf den deutschen Vorschlag reagieren könnte, wie seine eigene Frau, und er rief stehenden Fußes die Redaktion von Daily Mail und Daily Telegraph an und forderte sie auf, den deutschen Vorschlag in einem möglichst ungünstigen Lichte darzustellen.

Nun hatte die Reichsregierung angekündigt, diesen Vorschlag abends über Rundfunk der Welt bekannt zu geben. Da bat der britische Botschafter Henderson in Berlin im deutschen Auswärtigen Amt, man möge den Vorschlag nicht veröffentlichen. Er begründete das etwas fadenscheinig damit, daß die öffentliche Bekanntgabe der deutschen Vorschläge die Verhandlungen mit den Polen stören könnte.

Der französische Historiker Rassinier hat nach dem Krieg über diesen deutschen Friedensvorschlag geschrieben. „Hätten das französische und das britische Volk am 30. August 1939 von diesem deutschen Vorschlag Kenntnis gehabt, so hätten Paris und London kaum den Krieg an Deutschland erklären können, ohne einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, der den Frieden durchgesetzt hätte.“

Nun werden Sie sich fragen, woher ich das alles habe.

Ich weiß das aus den Akten des Nürnberger Prozesses. Ich weiß das aus den Akten des englischen Foreign Office, des deutschen Auswärtigen Amtes, den Darstellungen zweier französischer Historiker und den Darstellungen der damals beteiligten Botschafter.

In den letzten zehn Tagen vor Kriegsbeginn ist intensiv zwischen Berlin und London verhandelt worden, um die deutsch-polnischen Probleme ohne Krieg zu lösen.

Welches waren die Probleme?

Wir alle wissen noch, daß es um Danzig ging und um die exterritorialen Verkehrsverbindungen vom Reichsgebiet in das seit 1918 abgetrennte Ostpreußen, also um die so genannte Korridor-Frage.

Was vergessen ist, und was seit dem Kriegsende aus den deutschen Schulbüchern verbannt ist, ist die humanitäre Tragödie der nichtpolnischen Minderheiten in Polen. Das nach 1918 wieder selbständige Polen hatte neben 19 Millionen Polnisch sprechenden und römisch-katholischen Staatsbürgern auch 5 Millionen Ukrainer, 2,5 Millionen Juden, die nicht als Polen angesehen wurden, 2 Millionen Deutsche, 1,2 Millionen Weißrussen und in die Zig-tausende gehende Minderheiten an Litauern, Tschechen, Ungarn, Slowaken, Kaschuben und Slonzaken. Die 19 Millionen Polen versuchten nach 1919 ihre etwa 11 Millionen nichtpolnischen Staatsbürger sprachlich zu polonisieren und konfessionell zu katholisieren. Sie kündigten das Minderheitenschutzabkommen, das ihnen der Völkerbund 1920 auferlegt hatte, und sie verfolgten die nichtpolnischen Staatsbürger im eigenen Staat.

Wenn ich Ihnen jetzt etwas über das Schicksal der Volksdeutschen in Polen vortragen würde, würde sicher mancher Hanseat hier in Ihren Reihen denken: „Das kenne ich. Das ist Vertriebenengerede.“ Deshalb will ich nicht über das Los der Volksdeutschen sprechen, sondern über das Los der größten Minderheit in Polen – über das Los der 5 Millionen Ukrainer. Das ist deshalb gut dokumentiert worden, weil viele Ukrainer in der damaligen Zeit aus Polen nach Britisch Kanada emigriert sind. So haben sich englische Medien und Parlamente immer wieder über das informiert, was im Polen der damaligen Zeit mit den Ukrainern passierte. So schrieb der Manchester Guardian vom 14. Dezember 1931: „Die Minderheiten in Polen sollen verschwinden. Diese Politik wird rücksichtslos vorangetrieben, ohne die geringste Beachtung der öffentlichen Meinung in der Welt, der internationalen Verträge und des Völkerbundes. Die Ukraine ist unter polnischer Herrschaft zur Hölle geworden. Von Weißrußland kann man dasselbe mit noch größerem Recht sagen. Das Ziel der polnischen Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten auf dem Papier und in der Wirklichkeit.“

Soweit der Manchester Guardian.

Ich sagte eben schon, auch die Parlamente haben sich hin und wider mit dem Los der Ukrainer in Polen befaßt. So ist in den Protokollen des Oberhauses in London vom 15. Juni 1932 zu lesen, daß ein Lord Noel Buxton vor den Abgeordneten über die jüngsten Verhandlungen beim Völkerbund in Genf berichtet. Er trug vor: „In den letzten Tagen sind auf den Tagungen des Rats des Völkerbundes wichtige Fragen, die die nationalen Minderheiten betreffen, behandelt worden. Vor allem wurde auf der Januar-Tagung ein Bericht verhandelt, der sich mit der so genannten Terrorisierung beschäftigte, die im Herbst 1930 in der polnischen Ukraine stattgefunden hat. Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als eine Million Deutsche seit der Annexion abgewandert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden. Im polnischen Teil Ostgaliziens wurden vom Ende des Krieges bis 1929 die ukrainischen Volksschulen um Zweidrittel vermindert. In den Universitäten, in denen die Ukrainer unter österreichischer Herrschaft 11 Lehrstühle innehatten, besitzen sie jetzt keinen, obwohl ihnen 1922 von der polnischen Regierung eine eigene Universität versprochen worden war. In dem Teil der polnischen Ukraine, der früher zu Rußland gehört hat, in Wolhynien, sind die Bedingungen noch härter. In der ganzen Ukraine gibt es ein System der polizeilichen Verfolgung.“

Lord Noel Buxton fuhr dann an späterer Stelle seiner Rede fort: „Wir können in diesem Zusammenhang eine besonders beklagenswerte Tatsache nicht beiseite lassen, nämlich die Folterung von Gefangenen in Gefängnissen und von Verdächtigen, die sich die Ungnade der polnischen Behörden zugezogen haben. Überzeugende Beweise dafür, daß in solchen Fällen mittelalterliche Foltern angewendet werden, liegen zu meinem Bedauern vor. Diese Darstellungen wurden im Völkerbundsrat durch Lord Cecil, als Delegiertem der britischen Regierung, als das Gewissen der Menschheit erschütternd bezeichnet. Sie sind vom Völkerbundsrat nicht untersucht worden, wie das hätte erfolgen müssen.“

Soweit zwei britische Stimmen zu dem, was sich damals in Polen abgespielt hat.

Auch in Frankreich sind die Verhältnisse im damaligen Polen nicht unbeobachtet geblieben. Ein französischer Slawistikprofessor, der insgesamt drei Bücher über das Polen jener Zeit geschrieben hat, und der den Anschluß der Westukraine an Polen vor Ort erlebt hat, schreibt: „Es wurde erschossen, gehängt, gefoltert, eingesperrt, beschlagnahmt. Viele Ukrainische Priester wurden hingerichtet, um Überfüllungen zu vermeiden, machten die Polen keine Gefangenen. Die Gefängnisse quollen trotzdem über von Ukrainern aller Schichten, deren einziges Verbrechen darin bestand, Ukrainer zu sein oder ukrainisch zu sprechen.“ Das war die Stimme eines Franzosen.

Auch den anderen Minderheiten in Polen ging es zu der Zeit ähnlich. Die jüdische Minderheit wurde genauso verfolgt wie die anderen. Es ist tragisch und klingt für deutsche Ohren befremdlich: zwischen 1933 und 1938, also in der Zeit, in der hier die Juden in unserem Lande schon verfolgt wurden, verließen 557.000 Juden Polen, also über eine halbe Million Juden, und suchten in Deutschland oder auf dem Weg über Deutschland Zuflucht im Ausland; meist in Frankreich und in den USA.

1939 verschlechterten sich auch die Lebensbedingungen der deutschen Minderheit wieder dramatisch. Ich hatte schon erwähnt, daß die Polen den Minderheitenschutzvertrag von 1920 einseitig aufgekündigt hatten. Die Reichsregierung hat dann im November 1937 einen weiteren Versuch gestartet. Sie hat mit der polnischen Regierung einen bilateralen Minderheitenschutzvertrag geschlossen, dessen Wirkung aber auch nicht lange vorgehalten hat. 1939 wurden den Deutschen in Polen Schulen geschlossen, Geschäfts- und Betriebslizenzen entzogen, Approbationen entzogen, Bauernhöfe angesteckt, Geschäfte boykottiert und Deutsche auf offener Straße verprügelt. Und die Deutschen, die versuchten dieser Drangsal aus Polen durch die Flucht ins Reichsgebiet zu entkommen, wurden, wenn sie an der Grenze gestellt wurden, genauso beschossen und erschossen, wie Jahrzehnte später Deutsche auf der Flucht aus der DDR in den Westen.

Trotzdem sind bis August 1939 bereits fast 80.000 deutsche Flüchtlinge aus Polen in den Sammellagern im Reichsgebiet und im Danziger Gebiet angekommen. Alle Minderheiten in Polen erlitten 1939 eine humanitäre Tragödie, wie die Minderheiten in Jugoslawien unter Milosewitsch. Nur das, was sich unter Milosewitsch in Jugoslawien abgespielt hat, haben wir noch im Gedächtnis, weil wir uns an die Fernsbilder erinnern. Das, was sich 1939 und davor in Polen abgespielt hat, ist aus dem kollektiven Bewußtsein Europas verschwunden. Und auch unsere Schulbücher schweigen sich darüber aus.

Von 1920 bis 1939 gingen beim Völkerbund in Genf etwa 15.000 Minderheitenbeschwerden aus Polen ein, denen der Völkerbund nicht abgeholfen hat, was eigentlich seine Pflicht gewesen wäre. Das Auswärtige Amt in Berlin registrierte alleine im letzten Halbjahr vor Kriegsbeginn etwa 1.500 Fälle von Willkürakten, Rechtsbrüchen und Drangsalierungen an Deutschen in Polen. Der damalige Staatssekretär von Weizsäcker, Stellvertreter des Reichsaußenministers und übrigens auch Vater unseres späteren Bundespräsidenten, schrieb in seinen Erinnerungen: „Unsere diplomatischen und Konsularberichte aus Polen zeigten, wie 1939 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem Danzig und die Passage durch den Korridor überdeckte“.

In dieser Lage einer humanitären Katastrophe glaubte Hitler zu einer baldigen Regelung der Minderheitenfrage, der Danzig-Frage und der Korridor-Frage kommen zu müssen. Und er hat das gegenüber den Briten und Franzosen 1939 auch immer wieder zum Ausdruck gebracht, sowohl mündlich, als auch in Interviews, als auch in schriftlichen Noten. Er hat den Engländern

und Franzosen immer wieder gesagt, daß es in diesem Jahr, 1939, zu einer Lösung der deutsch-polnischen Probleme kommen müsse, und daß diese Lösung wegen des Schicksals und der Tragödie der eine Million Deutschen in Polen unaufschiebbar geworden sei.

Hitler hat den Polen seit Oktober 1938 immer wieder Vorschläge unterbreitet und im August 1939 dann ein Ultimatum gestellt. Was mich dabei gewundert hat, war, daß Hitler, nachdem er den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion in der Tasche hatte, den Krieg also hätte beginnen können, nachdem die Wehrmacht voll aufmarschiert war, sie also hätte losmarschieren können, nachdem auch der Angriffszeitpunkt schon befohlen war, daß Hitler danach noch dreimal den Angriffsbeginn verschoben hat. Man kann heute in den Tagebüchern der Wehrmacht nachlesen, wie er das vor den Spitzen-Generalen und -Admiralen begründet hat. Er hat jedes Mal gesagt: „Ich brauche noch Zeit zum Verhandeln.“ Und dann steht in den deutschen Schulgeschichtsbüchern jener Satz: „Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.“

Hitler hat sich bei seinen Verhandlungen eines schwedischen Vermittlers bedient, des schwedischen Industriellen Birger Dahlerus. Dahlerus war ein Mann, der ausgezeichnete Geschäftsbeziehungen und persönliche Beziehungen sowohl nach London als auch nach Berlin hatte. Dahlerus hatte sich zuerst Göring für diese Vermittlungen angeboten. Nach den ersten drei Verhandlungstagen hat Hitler persönlich von Dahlerus Vermittlungstätigkeit Gebrauch gemacht. Dahlerus hat das getan, was man heute Pendeldiplomatie nennt. Er ist in den letzten zehn Tagen vor Kriegsbeginn ein oder zweimal täglich von Berlin nach London und zurück gezogen, hat Noten überbracht und der jeweils einen Seite erklärt, wie die andere Seite ihre Noten verstanden wissen wolle, wo noch Kompromisse möglich wären und wo kein Einlenken mehr zu erwarten sei. Er hat also den ehrlichen Makler gespielt.

Man kann den Gang der Verhandlungen des Birger Dahlerus aus seinen eigenen Aufzeichnungen minutiös rekonstruieren. Man kann den Gang dieser Verhandlungen ebenfalls genau aus den Aufzeichnungen des englischen Auswärtigen Amtes rekonstruieren. Genauso minutiös aus den Aufzeichnungen des deutschen Auswärtigen Amtes. Und was das Faszinierende ist, die Darstellungen, ob schwedisch, englisch oder deutsch stimmen exakt überein. Es gibt also überhaupt keinen Zweifel, keinen Irrtum, wie die Verhandlungen in den letzten zehn Tagen vor Kriegsausbruch abgelaufen sind, wie da um eine Friedenslösung gerungen worden ist. Und trotzdem steht nichts davon in den deutschen Schulgeschichtsbüchern. In unseren Schulgeschichtsbüchern steht weder etwas über diese Verhandlungen, über dieses Ringen zehn Tage vor Kriegsbeginn noch über die humanitäre Tragödie der ukrainischen, jüdischen, deutschen und der weißrussischen Minderheit in Polen.

Ich fand die Verhandlungen in den letzten zehn Tagen vor Kriegsbeginn so spannend, daß ich diese Tage Tag für Tag und Stunde für Stunde in meinem Buch beschrieben habe. Das ist wie ein Krimi, wenn man liest, was sich damals abgespielt hat.

Wir machen nun einen Zeitsprung zurück auf 1918.

Das deutsch-polnische Verhältnis war zwischen beiden Kriegen nicht immer so schlecht wie 1939. Der Start war schlecht und auch das Ende. 1918 nahmen sich die Polen, nachdem das deutsche Reich im Westen gegenüber Amerika, England und Frankreich hatte kapitulieren müssen, im Osten die deutschen Provinzen Posen und Westpreußen. Sie taten dies, ehe ihnen diese Gebiete von den Siegern zugesprochen wurden. Westpreußen war damals immerhin zu 70 Prozent deutsch besiedelt, sodaß dieser Gewaltstreich Polens in der Weimarer Republik von keiner der Regierungen anerkannt worden ist.

1918 und 1919 forderte Polen in Versailles außerdem Teile von Pommern, Schlesien und ganz Ostpreußen für sich, was ihm jedoch nicht zugestanden wurde, aber doch Ängste in Deutschland hinterließ.

1921 hat Polen den Versuch unternommen, ganz Oberschlesien mit Milizen und den dort seit drei Generationen ansässigen polnischen Gastarbeitern zu erobern. Nach einer Volksabstimmung, die Polen zu verhindern suchte, erhielt es das ostoberschlesische Industriegebiet von den Siegerstaaten zugesprochen. 1933 forderte Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland auf, was Frankreich allerdings ablehnte. Polen verfügte 1933 mit 298.000, also fast 300.000 Mann im Heer, immerhin noch über drei Mal soviel Militär wie Deutschland mit 100.000 Mann im Heer. So wurde Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.

Erst unter den Diktatoren Hitler in Deutschland und Pilsudski in Polen gab es eine Annäherung für ein paar Jahre, die auch nach Pilsudskis Tod 1935 noch für eine Weile anhielt. Nach Pilsudskis Versuch von 1933, die Franzosen zu einem Krieg gegen Deutschland zu ermuntern, der ja gescheitert war, lenkte Pilsudski ein. Er schloß 1934 mit Hitler einen Freundschaftsvertrag. Das nun stabile deutsch-polnische Verhältnis führte dazu, daß Polen sich 1938 seine Landerwerbung in der zerfallenen Tschechoslowakei von Hitler billigen ließ. Polen annektierte 1938 den tschechischen Teil des Industriegebiets von Teschen (das ist die Fortsetzung Oberschlesiens nach Südosten) und annektierte die weitgehend von Deutschen bewohnte Grenzstadt Oderberg, auf die ich gleich noch zu sprechen komme. Merken Sie sich bitte Oderberg.

Da Polen von 1918 bis 1938 seine Nachbarn Sowjetunion, Litauen, Deutschland und Tschechoslowakei je einmal oder mehrfach angegriffen und Grenzgebiete aller dieser Nachbarn annektiert hatte, war Polen Anfang 1939 für die Engländer das, was wir heute als Schurkenstaat bezeichnen.

Obwohl sich Deutschland und Polen bis 1938 angenähert hatten, gab es nach wie vor die drei polnischen Probleme und zwar die Wahrung der Menschenrechte der deutschen Minderheit in Polen, zweitens den Wunsch, Danzig wieder an Deutschland anzuschließen; schließlich forderte das die zu 97 Prozent deutsche Bevölkerung Danzigs ja seit Jahren. Und Danzig war auch nicht Teil des Staates Polen. Danzig war Völkerbundsmandat und ein Freistaat; aber die Sieger hatten den Polen in Danzig besondere Zoll-, Post-, Bahn- und Wegerechte eingeräumt. Das dritte Problem war der deutsche Wunsch nach exterritorialen Verkehrswegen vom Reichsgebiet in das seit 1918 abgeschnittene Ostpreußen. Dieser deutsche Wunsch kam nicht von ungefähr. Ostpreußen war nach zwei Verträgen durch acht Eisenbahnverbindungen über nun polnisches Gebiet mit Pommern und mit Schlesien verbunden. Nach den Verträgen waren die Transitgebühren in Zloty zu bezahlen, was zunächst keine Schwierigkeit bereitete. Während und nach der Weltwirtschaftskrise nahm Deutschland jedoch nicht mehr genug polnische Devisen im Außenhandel ein und konnte daher die Transitgebühren nicht mehr in voller Höhe in Zloty bezahlen. Das Reichswirtschaftsministerium überwies deshalb die an Zloty fehlenden Beträge regelmäßig in Reichsmark. Doch Polen sah darin einen Vertragsbruch, was es ja objektiv auch war. Polen schloß zur Strafe ab 1936 eine Eisenbahnverbindung nach der anderen. 67 Prozent, also genau Zweidrittel, der Eisenbahntransporte jedoch dienten der Energieversorgung Ostpreußens. Sie fuhren Kohle aus Oberschlesien für Industrie, Gewerbe, Hausbrand und die Stromerzeugung in die abgeschnittene Provinz. Sie wissen, damals kam die Energie aus Kohle und nicht aus Erdgas oder Erdöl. Schließlich drohte Polen einmal damit, bei weiterhin unvollständigen Zloty-Überweisungen, auch die letzten Strecken zu zwischen Ostpreußen und dem Reichsgebiet zu schließen. Damit wäre Ostpreußen von seiner Energieversorgung abgeschnitten und dem wirtschaftlichen Ruin ausgeliefert gewesen, wie zwei Jahrzehnte später beinahe Berlin durch die sowjetische Blockade.

So kam man auf deutscher Seite auf die Idee – und zwar im Reichswirtschaftsministerium – , statt mit den Polen über Zloty-Zahlungen zu sprechen, über extraterritoriale Verkehrswege in deutscher Hoheit und Regie durch den Korridor zu verhandeln. Damit standen 1939 die drei erwähnten deutsch-polnischen Probleme auf der Tagesordnung: das Los der deutschen Minderheit, Danzig und die Transitwege.

Es ist ganz erstaunlich, daß weitblickende Männer im Ausland damals schon – und zwar vor Hitlers Zeit – die Sprengkraft dieser Probleme gesehen haben. Winston Churchill warnte schon am 24. November 1932, also noch vor jener Wahl, mit der Hitler später an die Macht gekommen ist, das Oberhaus in London. Er sagt: „Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas für die Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegermächte noch überlegen sind. Wenn dieses Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.“ Ende des Zitats. Originalton: Churchill. Diese Ursachen für den neuen Krieg hatten die Sieger in Versailles selbst geschaffen und sie nicht beseitigt als die Zeit längst dafür reif war.

Hitler glaubte 1938 zwei Trümpfe für die Lösung dieser Probleme in der Hand zu haben. Der erste Trumpf: Die polnischen Regierungen hatten die 16 deutschen Reichsregierungen vor Hitler gebeten, ihre Gebietsgewinne in Posen, Westpreußen und Oberschlesien als endgültig anzuerkennen. Alle Regierungen der Weimarer Republik hatten das abgelehnt. Hitler bot diese Anerkennung an. Der zweite Trumpf: Polen hatte 1938 bei der Annexion des tschechischen Industriegebiets von Teschen auch die überwiegend deutsch bewohnte Stadt Oderberg mit annektieren wollen. Ich hatte Oderberg eben schon erwähnt.

Das Auswärtige Amt in Berlin hatte Einspruch dagegen eingelegt. Doch Hitler war hier eingeschritten und hatte Oderberg den Polen zugestanden. Sein Argument – wörtliches Zitat – : „Wir können nicht um jede deutsche Stadt mit Polen streiten.“ Seine Hoffnung war, daß Polen dafür der Wiedervereinigung der Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich zustimmen würde.

Nach der Annexion des Teschener Gebiets und Oderbergs durch Polen im September 1938 begann Hitler im Oktober 1938 die Verhandlungen mit Polen um Danzig, die Transitwege und die Einhaltung der Minderheitenrechte der Deutschen in Polen.

Sein erstes Angebot: Die Anerkennung der polnischen Gebietserwerbungen seit 1918 und die Verlängerung des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages von zehn auf 25 Jahre. Im Januar 1939 legte Hitler noch einmal nach. Er schlug vor – wörtliches Zitat – : „Danzig kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen.“ Eine in meinen Augen durchaus faire Kompromißformel, denn Danzig gehörte ja bislang politisch auch nicht zu Polen. Es war Mandatsgebiet und ein eigener Staat.

Bis in den März 1939 hinein gab es bei den deutsch-polnischen Verhandlungen leichte Annäherungen, aber Gott sei es geklagt, keinen Durchbruch. Zu der Zeit war Polen in Europa wegen seiner vielen Kriege seit 1920 und wegen der jüngst zurückliegenden Teschen-Annexion vom September 1938 in England noch geächtet.

Ende März 1939 wendete sich das Blatt. Hitler beging seinen großen Fehler, er erklärte die Tschechei entgegen früher gegebenen Versprechen zum Deutschen Protektorat und ließ sie besetzen. Nun brauchten die Briten Verbündete gegen Deutschland. Sie boten Polen einen Beistandspakt an. Polen wechselte seinen Partner und ging auf Englands Seite über. Obwohl die deutsch-polnischen Gespräche zunächst noch weiterliefen, schloß Polen Ende März 1939 einen Vertrag mit England, machte seine Truppen teilweise mobil, – so steht das immer in der Literatur –, tatsächlich verdoppelten sie ihre Truppenstärke, stellte Korpsstäbe auf und ließ Truppen in Richtung Ostpreußen marschieren. Das alles im März 1939.

Hitler reagierte und gab am 3. April 1939 der Wehrmacht erstmals den Befehl, einen Angriff gegen Polen so vorzubereiten, daß er am 1. September 1939 beginnen könnte.

Nun herrschte Eiszeit zwischen Deutschland und Polen. Dennoch machte die deutsche Reichsregierung noch ein paar Anläufe, weiter zu verhandeln. Doch die polnische Regierung erklärte nun, der Status der Freien Stadt Danzig beruhe ja nicht auf dem Verträge von Versailles, sondern auf der jahrhundertelangen Zugehörigkeit Danzigs zu Polen, und Posen und Westpreußen gehörten de jure und de facto längst zu Polen. Die angebotene deutsche Anerkennung sei keine Gegenleistung.

Der polnische Außenminister Beck betonte das noch einmal vor dem Sejm in Warschau, wo er am 5. Mai 1939 in einer Rede sagte: „Eine Nation, die sich selbst achtet, macht keine einseitigen Zugeständnisse!“

Hitler bat danach die englische Regierung, für Deutschland bei den Polen zu vermitteln.

Am 30. August 1939 machte Hitler den schon von mir zitierten 16-Punkte-Vorschlag. Er schlug als wesentliche Punkte vor: „Die Bevölkerung im Korridor soll in einer Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle selbst entscheiden, ob sie zu Polen oder zu Deutschland gehören will.

Der Wahlverlierer bekommt exterritoriale Verkehrswege durch den Korridor. Bleibt der Korridor bei Polen, erhält Deutschland exterritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen; geht aber der Korridor an Deutschland, bekommen die Polen exterritoriale Verkehrswege zu ihrem Hafen an der Ostsee, nach Gdingen.“ Und – auch das gehört zum Vorschlag – „der Hafen und die Stadt Gdingen bleiben unabhängig vom Wahlausgang bei Polen, damit Polen einen Ostseehafen hat. Und Polen behält außerdem seine Handelsprivilegien in Danzig.“

Das war der letzte deutsche Vorschlag vor dem Krieg. Soweit zu der angeblichen Verhandlungsunwilligkeit Hitlers und der deutschen Reichsregierung, die unsere Schulkinder heute lernen müssen.

Ich möchte zum Abschluß noch etwas zu den Quellen sagen, aus denen ich geschöpft habe. Und etwas zum Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts, der ja dem Kriegsbeginn unmittelbar vorausging.

Die am häufigsten von mir verwendeten Quellen sind die Akten der Auswärtigen Ämter oder Außenministerien. Darüber wickelt sich der Schriftverkehr, die Noten der Staaten untereinander ab. Sie sind sehr aufschlußreich. Sie wissen, daß es üblich ist, daß die Staaten und Regierungen etwa 30 Jahre nach historischen Vorgängen ihre Akten dazu offen legen und damit der Öffentlichkeit und der Wissenschaft zur Verfügung stellen.

Ich habe Ihnen hier einmal einen solchen Aktenband mitgebracht. (Für die Leser: Format und Dicke gezeigt) Diese Aktenbände sehen in allen Ländern etwa ähnlich aus. Das hier sind die Akten des Deutschen Auswärtigen Amtes aus der letzten Woche vor dem Kriegsbeginn.

Als Laie – Sie wissen, daß ich nicht Geschichte studiert habe, daß ich ein Autodidakt bin – als Laie stößt man bei solchen Akten staunend auf Eigentümlichkeiten, die man sich erst einmal erklären muß. Eine fast selbstverständliche Besonderheit ist, daß jede Regierung und jede Nation mit Freude das veröffentlicht, was sie entlastet und in einem guten Licht dastehen läßt, und daß sie das unterm Tisch hält, was sie nicht so gut dastehen läßt. Da sind sich die Amerikaner und die Deutschen oder wer auch immer gleich. Das darf einen nicht wundern.

Aber eine andere Eigentümlichkeit habe ich erst recht spät bemerkt: Die Fälschungen in offiziellen Akten. Ich fand zum Beispiel in den offiziellen Akten des Deutschen Auswärtigen Amtes eine Hitler-Rede mit gefälschten Stellen. Nun veröffentlicht man ja kein selbstbelastendes Material, wenn man weiß, daß es gefälscht ist. Ich konnte mir zunächst keinen Reim darauf machen, wie eine solche Fälschung in die offiziellen deutschen Akten kommen konnte. Ich habe lange hin und her gerätselt und fand keine vernünftige Erklärung. Aber ich

hatte einen Geschichtsprofessor, der mich bei meinen Arbeiten begleitet hat. Den habe ich dann in meiner Not angerufen und befragt. Er hat geantwortet: „Lesen Sie mal das Vorwort dieser Akten.“ Und Sie können das Vorwort in allen deutschen Akten über die Zeit unmittelbar vor und im Krieg lesen. Es steht immer das gleiche darin. Hier steht auf der 1. Seite, daß diese Akten ausschließlich von englischen, französischen und amerikanischen Archivaren und Historikern zusammengestellt worden sind. Die einzigen deutschen Hände, die an diesen Akten des Auswärtigen Amtes mitgearbeitet haben, sind die des Buchdruckers und die des Buchbinders. Auch so kann man Geschichte beeinflussen.

Nachdem ich das entdeckt hatte, habe ich mir die gleichen Vorkriegsakten noch einmal in der Drucklegung von 1940 und 1941 besorgt und festgestellt, daß auch in der Zeit des Dritten Reiches manches, was nicht so „charmant“ war, weggelassen worden ist. Und dann, nach dem Krieg haben die Engländer, Franzosen und Amerikaner die Dinge, die für sie nicht so günstig waren, herausgelassen. Trotzdem sind diese Akten sehr aufschlußreich, genauso wie die amerikanischen und englischen Akten und welche auch immer – auch, wenn vieles aus ihnen „herausgewaschen“ worden ist.

Ich hatte Ihnen eben gesagt, daß der zuvor gezeigte Aktenband die Akten einer Woche umfaßt. Wenn man, wie ich, einen Zeitraum von 1900 bis 1939 bearbeitet hat, sind das ganze Regale voll. Das kann man gar nicht alles lesen, es sei denn, man will Jahre dafür opfern. Und deshalb habe ich mir stets nur die Akten zu den Ereignissen herausgesucht, über die ich etwas erfahren wollte. Da man aber auch immer wissen möchte, was hat sich kurz vorher und was hat sich kurz danach abgespielt, habe ich ein bißchen vorher und nachher nachgelesen. Auch dabei habe ich einiges gefunden, nach dem ich überhaupt nicht gesucht habe.

Davon möchte ich Ihnen eine Kostprobe vorstellen.

So steht in allen deutschen Geschichtsbüchern Hitlers Untat, die drei baltischen Staaten Stalin zu überlassen und zwar mit dem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939. Auf mich hat das immer wie ein finsternes Komplott zwischen Hitler und Stalin gewirkt, mit dem die Litauer, die Letten, die Esten, die Finnen und Ostpolen den Sowjets zugesprochen worden sind. Dieses geheime Zusatzabkommen gibt es. Und es ist eine Schurkerei, daran lasse ich gar keinen Zweifel aufkommen, auch, wenn solche Abkommen zu damaliger Zeit international üblich waren.

Ich fand die Begleitumstände so interessant, die sich um dieses geheime Zusatzprotokoll ranken. Und darüber will ich sprechen.

Unmittelbar – das werden Sie wissen – unmittelbar vor den deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau fanden sowjetisch-französisch-englische Verhandlungen in Moskau statt. Da waren es die Briten und Franzosen, die einen Beistandspakt mit den Sowjets haben wollten, und da waren es die Briten und Franzosen, die bereit waren, den Sowjets die drei Baltischen Staaten zu überlassen, um damit einen Beistandspakt mit der Sowjetunion zu erkaufen. Nur, deren Vertrag ist dann nicht unterschrieben worden. Also die gleiche Sauerei schon bei Briten und Franzosen, was unsere Sauerei natürlich kein Stückchen besser macht.

Nun kommt mein Zufallsfund in den Akten. Ich lese dort – wie bekannt – daß die deutsche Reichsregierung einen Nichteinmischungspakt mit der Sowjetunion anstrebt und deshalb in Moskau vorstellig wird. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, erhält einen Besuchstermin beim sowjetischen Außenminister Molotow, der ihm in Frageform vier Verhandlungsgegenstände vorschlägt: Punkt 1 ist der Nichtangriffspakt, Punkt 4 – bitte hören

Sie genau zu – Punkt 4 ist eine gemeinsame deutschsowjetische Bestandsgarantie für die zukünftige Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten.

Der Botschafter telegraphiert dieses sowjetische Ansinnen nach Berlin, und der deutsche Reichsaußenminister von Ribbentrop antwortet auf dieses Gespräch zwischen Schulenburg und Molotow mit einem Brief und erklärt sich mit den vier Verhandlungsgegenständen, die die Sowjets vorgeschlagen haben, einverstanden. Dabei schreibt er ausdrücklich, Deutschland sei bereit, die Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten zusammen mit der Sowjetunion zu garantieren.

Beim nächsten Treffen Molotows mit von der Schulenburg, sagt Molotow, daß Deutschland seinen Nichtangriffspakt, wie gewünscht, haben könne, daß es aber auch ein geheimes Zusatzprotokoll mit unterschreiben müsse. Und er betont am Ende seines Gesprächs noch einmal ausdrücklich: „Pakt ja, aber nur mit geheimem Zusatz.“

Der deutsche Botschafter fragt natürlich auf der Stelle, was in diesem geheimen Zusatz stehen sollte; das ist ja seines Amtes. Aber Molotow gibt ihm keine Antwort.

Die deutsche Seite glaubt nun, es ginge im geheimen Protokoll um die Bestandsgarantie für die drei baltischen Staaten oder zumindest, es ginge auch darum. Als der deutsche Botschafter aus Moskau dem deutschen Außenminister in Berlin vom diesem Gespräch mit Molotow berichtet, versichert der Minister in seiner Rückantwort, er sei mit allen Verhandlungsgegenständen einverstanden, auch mit der deutsch-sowjetischen Garantie für die drei baltischen Staaten. Es ist ganz interessant, daß in jeder Gesprächsniederschrift und in jeder Note, die gewechselt wird, dieser Punkt ausnahmslos ausdrücklich erwähnt wird.

Kurz darauf leitet Molotow der deutschen Seite einen Entwurf für den Nichtangriffspakt zu. Der Text für das geheime Zusatzabkommen fehlt. Es ist ja üblich, daß man solche Texte vorher austauscht, damit man sie noch einmal lesen kann. Man muß ja prüfen, ob man dem Wortlaut in allen Feinheiten zustimmt, dem man da später unterschreiben soll oder ob man notfalls nachverhandeln muß. Doch statt des noch fehlenden Textes läßt Stalin Außenminister von Ribbentrop nach Moskau ein.

Am 23. August 1939, sieben Tage vor Kriegsausbruch, reist der deutsche Außenminister von Ribbentrop mit Verhandlungsvollmacht und Unterzeichnungsvollmacht im Gepäck nach Moskau.

Um 16 Uhr an diesem 23. August tritt von Ribbentrop Stalin erstmals in seinem Leben Auge in Auge im Kreml gegenüber. Und Ribbentrop glaubt immer noch, daß er gleich mit dem Nichtangriffspakt auch die Garantieerklärung für die baltischen Staaten unterschreiben soll. Um Mitternacht jedoch wird mit dem berühmten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt auch das berüchtigte geheime Zusatzprotokoll unterschrieben, das die drei Baltenstaaten, Finnland und Ostpolen den Sowjets als Interessengebiet zuspricht.

Was ist in den acht Stunden zwischen 16 Uhr – dem ersten Gegenübertreten zwischen Ribbentrop und Stalin – und der Unterzeichnung um die Mitternacht geschehen?

Molotow eröffnet von Ribbentrop den Inhalt des geheimen Zusatzabkommens, nämlich die Aufteilung Osteuropas in zwei Interessenssphären. Von Ribbentrop ist überrascht. Damit hat er nicht gerechnet. Er hat zwar Verhandlungs- und Unterzeichnungsvollmacht, aber das ist ihm eine Nummer zu groß. Er bittet um Konferenzunterbrechung. Die wird ihm gewährt. Er fährt aus dem Kreml hinüber in die deutsche Botschaft, ruft von dort in Berchtesgaden auf dem Obersalzberg bei Hitler an und berichtet ihm, wie die Dinge sich entwickelt haben.

Hitler steht inzwischen mit dem Rücken an der Wand, weil die polnischen und die deutschen Truppen gegeneinander aufmarschiert sind. Hitler braucht diesen Nichtangriffspakt und sagt: „Von Ribbentrop, unterzeichnen Sie.“

So ist dieses geheime Zusatzabkommen ein Überraschungscoup der Sowjets. So habe ich das noch nie gelesen. Aber Sie können es in diesen Akten, die sie zwei Häuser weit von hier in der Universitätsbibliothek Hamburg ausleihen können, selber nachlesen.

Hitler hat akzeptiert, was vorher schon die Briten und Franzosen akzeptiert hatten. Auch, wenn von Ribbentrop den Vorgang später in seinen Erinnerungen ein wenig anders darstellt, so genau steht es in den Akten des Auswärtigen Amts.

Ich sagte schon, es war ein Vergehen an der Souveränität der Balten und der Finnen. In dem geheimen Zusatzabkommen steht auch, daß Deutschland der Sowjetunion freie Hand in Ostpolen eingeräumt hat. Kaum, daß das geheime Zusatzabkommen unterschrieben ist – etwa um Mitternacht – wird es noch am gleichen Vormittag – etwa um zehn Uhr – von einem deutschen Diplomaten aus der deutschen Botschaft in Moskau an einen amerikanischen Diplomaten aus der amerikanischen Botschaft in Moskau verraten. Der überbringt es sofort dem amerikanischen Botschafter. Der telegraphiert den Inhalt des geheimen Zusatzabkommens sofort nach Washington. Und wenn Sie an die Zeitverschiebung von Moskau nach Washington denken – dann ist Ihnen klar, daß Roosevelt, als er morgens ins Oval Office kommt, den Inhalt des geheimen Zusatzabkommens bereits auf seinem Schreibtisch liegen hat. Roosevelt weiß sofort, daß Polen nun von Deutschland und der Sowjetunion bedroht ist. Roosevelt hält dieses Wissen vor den Polen geheim. Er läßt die Polen statt dessen wissen, sie sollten in der Danzig-Frage unnachgiebig bleiben. So hat Roosevelt die Polen wissentlich in eine deutsch-sowjetische Falle laufen lassen.

Sie können mit Sicherheit davon ausgehen, daß die Polen in Kenntnis dieser neuen Gefahr lieber auf ihre ohnehin begrenzten Rechte im Freistaat Danzig verzichtet hätten, statt Ostpolen an die Sowjets zu verlieren. So stellen sich bei genauer Akteneinsicht viele Dinge anders dar, als wir sie aus der deutschen Nachkriegsliteratur so kennen.

So, meine Damen und Herren, das waren die deutsch-polnischen Spannungen, die zum Krieg geführt haben; das waren die deutschen Verhandlungsbemühungen um die Heimkehr Danzigs, die den Krieg nicht verhindern konnten, und das war die Einigung Hitlers mit Stalin, die dem deutschen Reich den Rücken für den Krieg gegen Polen gedeckt hat.

Für mich selbst war zu Beginn meiner Arbeiten vieles davon neu. Ich habe vieles zu Beginn meiner Arbeiten nicht gewußt, und ich behaupte heute, daß meine Generation zum Teil gefälschte Geschichte in der Schule hat lernen müssen. Ich kann Sie nur auffordern, geben Sie die wahre Geschichte an Ihre Kinder und Enkel weiter.

Grundlage des Vortrags ist die auf intensiven Studien gründende, umfassende Darstellung:

Gerd Schultze-Rhonhof

1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte: Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg
Olzog-Verlag, München 2003, 5. verbesserte Auflage Oktober 2006, 600 S., viele Karten und
Abbildungen, gebunden

Fragezeit

Frage

Können Sie vielleicht die Schikanen bei der Bahnfahrt aus dem westlichen Reichsgebiet nach Ostpreußen kurz schildern.

Gerd Schultze-Rhonhof

Die Schikanen waren, nach dem, was ich auch in der Schule gelernt habe, was man früher so lesen konnte, daß bei den Zugverbindungen von Ostpreußen ins Reichsgebiet die Wagen verplombt und die Vorhänge zugezogen werden mußten. Manchmal wurde auch auf die Personenzüge geschossen.

Ich habe das früher auch für den Grund dafür gehalten, daß das Reich dann versucht hat, exterritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen zu bekommen. Als ich aber die Akten des Reichswirtschaftsministeriums gelesen habe, mußte ich feststellen, daß der Grund für die deutsche Forderung nach exterritorialen Verkehrsverbindungen ein ganz anderer war. Es war der polnische Versuch, dieses Ostpreußen wirtschaftlich auszuhungern, um es eines Tages als reife Frucht ernten zu können. Das ist der harte Kern der Korridor-Frage gewesen.

Frage

Sie haben in Ihrem Vortrag behauptet, daß es in Niedersachsen ein Schulgeschichtsbuch gebe, in dem eine Hitler-Rede mit gefälschten Redepassagen abgedruckt sei. Wie belegen Sie Ihre Behauptung über die Fälschungen?

Gerd Schultze-Rhonhof

Das war die Hitler-Rede vom 22. August 1939 vor Befehlshabern der Wehrmacht. Von dieser Rede gibt es, glaube ich, sieben Mitschriften, die zum Teil erheblich voneinander abweichen. Man kann diese Mitschriften miteinander vergleichen. Die erste Mitschrift dieser Rede, die im Nürnberger Prozeß als Beweismaterial vorgelegt worden ist, war so grob gefälscht, daß das Hohe Gericht sofort gesagt hat: „Das ist eine Fälschung, die nehmen wir nicht an.“ Diese Mitschrift enthielt Sprüche von Hitler wie: „Ich lasse jeden füsilieren, der auch nur ein Wort der Kritik äußert. ... Die Bürger Westeuropas müssen vor Entsetzen beben.“ Und dann hört dies Protokoll damit auf, daß der beleibte Göring auf den Tisch gesprungen und ein dreifaches Hurra auf Hitler ausgebracht haben soll. Ich frage mich, wie der dicke Göring auf den Tisch gekommen sein soll. Jedenfalls war das zu plump formuliert, das war nicht der Stil jener Zeit. Das war eine Fälschung, die offensichtlich von einem amerikanischen Journalisten stammte.

Dann wurde im Prozeß eine zweite Redeversion vorgelegt. Nach kurzer Einsichtnahme sagte der Verteidiger von Raeder (Erich Raeder, Großadmiral, bis 1943 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine): „Hohes Gericht, dies ist auch eine Fälschung. Sie ist auf derselben Schreibmaschine geschrieben, wie die Fälschung von eben. Sie ist auch auf dem gleichen Papier geschrieben, wie die Fälschung von eben.“ Und da hat das Gericht geantwortet, was es nach Art. 19 und 20 des Statuts des Nürnberger Militärtribunals tun konnte: „Wir stellen fest:

dieses ist die Originalrede!“ Das Nürnberger Gericht konnte Sachverhalte ohne Beweisaufnahme „feststellen“. Das hat es mit dieser Rede getan.

Nun gibt es noch mehrere andere Rede-Niederschriften, die man zum Vergleich heranziehen kann. Da gibt es eine Niederschrift, die fast ein Stenogramm ist. Sie ist von einem Untergebenen Raeders angefertigt worden. Der Großadmiral hatte sie sofort nach der Hitler-Rede gelesen und abgezeichnet. Damit hatte Raeder sie 1939 noch aus ganz frischer Erinnerung als authentisch bestätigt. In diesem „Fast“-Stenogramm sind die gefälschten Redepassagen nicht enthalten.

Auffallend ist auch, daß die Hauptangeklagten, die in getrennten Verhören zu dieser Hitler-Rede vernommen worden sind, immer zu denselben Zitaten, die Sie aus dem Schulbuch kennen, ausgesagt haben: „Das hat Hitler nicht gesagt; das hat Hitler nicht gesagt; das hat Hitler nicht gesagt.“

Dann kommt für mich noch ein weiterer Beleg. Ich habe diese Rede zusammen mit einem Doktoranden untersucht. Ich kann deshalb manchmal nicht sagen, ob der die gute Idee hatte oder ich. Wir sind jedenfalls darauf gekommen, daß diese zweifelhaften Zitate in vielen in Niedersachsen zugelassenen Schulbüchern immer auf ein und denselben Dokumentenband zurückgeführt werden, nämlich auf den Dokumentenband von Professor Jacobsen „1939-1945 Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten“. Professor Jacobsen hat diese Hitler-Rede aber in zweien seiner Werke (einmal nur als Mitarbeiter) abgedruckt. Einmal mit den gefälschten Stellen, einmal ohne die gefälschten Stellen. Da haben wir ihm geschrieben und gefragt: „Was ist denn nun?“ Er hat geantwortet – fast wörtliches Zitat: „Man muß heute davon ausgehen, daß Hitler das nicht gesagt hat.“

Darauf hat der Doktorand noch einmal zurückgeschrieben und gefragt, warum er das Kultusministerium in Hannover nicht auf den Irrtum hinweise. Seine Antwort. Das liege nicht in seiner Verantwortung.

Frage

Ich stamme aus Westpreußen aus dem Teil, der 1920 an Polen fiel. Sie haben hier erklärt, daß 1918 sowohl Posen, als auch Westpreußen schon von den Polen annektiert wurden. Das ist mir in Bezug auf Westpreußen nicht bekannt.

Ich weiß, daß Westpreußen an der Südgrenze zu Posen vom Grenzschutz geschützt wurde und die Polen darüber hinaus auch im Inneren des Korridorgebietes nach Danzig hin nie einen Aufstand oder einen Annexionsversuch unternommen haben.

Deshalb bin ich erstaunt, daß Sie in Ihrem Buch behaupten, Westpreußen sei schon 1918 annektiert worden.

Gerd Schultze-Rhonhof (der Redaktion zugesandte, korrigierte Antwort) Der Fragesteller hat Recht. Die Aussage im Buch wird in der folgenden Aussage korrigiert.

Frage

Meiner Kenntnis nach hat es Anfang der 20er Jahre eine Volksabstimmung in Oberschlesien gegeben – vom Völkerbund beaufsichtigt –, da haben z.B. die großen Städte Kattowitz und Königshütten zu 70 Prozent für Deutschland votiert. Es wurde von Polen ignoriert. Und trotzdem hat dann Polen seine Korfanty-Freischärler auch in Westoberschlesien, also Beuthen, einmarschieren lassen, um das auch zu annektieren.

Sie sprachen von einer Volksabstimmung 1939. Können Sie mich da korrigieren?

Gerd Schultze-Rhonhof

Nein. Ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang die Oberschlesien-Abstimmung mit einer Volksabstimmung von 1939 stehen soll.

Einwurf

Das war der Hitler-Vorschlag.

Gerd Schultze-Rhonhof

Ach ja, das war der Hitler-Vorschlag von 1939, daß man die Bevölkerung im Korridor abstimmen lassen solle, ob sie zu Deutschland oder zu Polen gehören wollte.

Die Abstimmung von 1921 steht in einem anderen Zusammenhang. 1921 haben die Polen mit den insgesamt vier sogenannten Korfanty-Aufständen (nach ihrem Anführer Wojciech Korfanty) versucht, ganz Oberschlesien in ihre Gewalt zu bringen – ohne Volksabstimmung.